

# Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Veranlagungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer.

## Reform unserer Lebensmittelversorgung

I.

Der Ausschuss des Deutschen Arbeiterkongresses hat im Auftrag der christlich-nationalen Arbeiterbewegung eine Denkschrift an den Bundesrat, Reichstag, Stellvertretende Generalkommandos und Gemeindevorstände über die Lebensmittelversorgung im dritten Kriegsjahr gerichtet. Dieses fällt just mit dem Augenblick zusammen, wo ein besonderes Lebensmittelamt mit einem „Diktator“, einem besonders stark sein sollenden Mann an der Spitze, errichtet worden ist.

Die brennendste Frage, die gegenwärtig das deutsche Volk berührt, ist die der Lebensmittelversorgung. Ohne Zweifel ist dieses ein Erfolg der englischen Abzweckungspolitik. Unser Wille ist dem englischen entgegengekehrt, wir wollen uns ihm nicht beugen. Daraus sind dann aber auch rücksichtslos alle Konsequenzen zu ziehen, alle Hindernisse sind zu beseitigen, die dem entgegenstehen. Da geht es ohne die tiefsten und schärfsten Eingriffe nicht ab, der Blick muß immer aufs Allgemeine gerichtet bleiben, jedes Privatinteresse hat sich dem Allgemeininteresse unterzuordnen. „Anregungs-“ und „Herauslockungspolitik“ darf da nicht zum Angelpunkt der Lebensmittelversorgung werden. Damit wird das gewollte Ziel nicht erreicht, abgesehen davon, daß eine solche Politik sich leicht zu einer Expansionspolitik ausweiten kann. Aus der bisherigen Erfahrung lassen sich leicht sichtbare Beispiele dafür anführen.

Welches sind nun die hervorsteckendsten Eindrücke unserer bisherigen Lebensmittelversorgung?

Halten wir uns an die sachliche Entwicklung. Der Fall lag nach den ersten zwei Kriegsmonaten klar: Nachden und der schnelle russische Aufmarsch und die italienische Treulosigkeit daran gehindert hatten, die Ueberrennung Frankreichs durchzuführen wie sie begonnen war, war mit einer längeren Kriegsdauer zu rechnen. Höchstens ein halbes Jahr konnten wir das bisherige Leben weiterführen. Aber wir lebten in den Tag hinein. Unsere Vorräte hatten keinen anderen Schutz wie den sehr problematischen horrend gestiegenen Preise. Wir glaubten ursprünglich auch eine Schwäche zu offenbaren, wenn wir nicht mit unseren reichen Vorräten prahlten. Dies hat unsere Gegner viel weniger beunruhigt wie der Kartoffelbrotgeist. Unsere bisherigen Lebensmittelzufuhren waren ja aller Welt bekannt, und unsere Gegner zogen daraus die für sie günstigen Schlüsse.

In den ersten Monaten des Jahres 1915 ließ sich denn auch der wahre Zustand nicht mehr verleugnen. Die englische Blockade wirkte und wurde schärfer und schärfer angezogen. Der Wille des deutschen Volkes aber war: Wir müssen durchhalten. Weder biegen noch brechen darf es geben, wir müssen. Was unsere Heere in blutiger Arbeit errungen, darf nicht durch andere Umstände, vorausgesetzt, daß nach menschlichem Ermessen überhaupt eine Möglichkeit dafür vorhanden ist, vernichtet werden. Diese Möglichkeit aber wurde nicht verneint und hat sich bis jetzt als richtig erwiesen.

Dem Willen zum Durchhalten mußte die Erkenntnis folgen, daß wir uns auf unsere eigenen Erzeugnisse verlassen müssen, daß das, was vom Ausland herinkommt, nicht als fester Akkordposten, sondern nur als willkommene Beigabe zu buchen sei. Diese Erkenntnis in voller Klarheit mußte führen zur Regelung der Produktion, der Lebensmittelverteilung und der Regelung der Preise vom Produzenten durch alle Phasen bis zum Verbraucher. Diese Notwendigkeit unter dem Gesichtswinkel der Bedürfnisse eines 68-Millionen-Volkes betrachtet, mit all den guten und schlechten Eigenschaften, den hundertfältigen privaten Bedürfnissen und Interessen, war wohl die größte Aufgabe, die je dem Führer eines Volkes und einem Organisator gestellt war.

Dieses Ziel, dessen Größe und Schwere wir nicht verkennen, ist bis heute nicht erreicht worden. Wir haben gewiß bis jetzt mit unseren Lebensmitteln

ausgehalten und werden es auch bis zum Ende des Krieges tun. Darüber herrscht aber doch wohl eine Meinung, daß dieses Durchhalten den breiten Verbraucher-schichten furchtbar schwer gemacht worden ist. Daß es so und nicht anders, nämlich besser hätte sein können, auch darüber herrscht keine Meinungsverschiedenheit.

Was von Anfang an fehlte, war der große einheitliche und ineinandergreifende, aber auch weit vorausschauende Plan. Es ist eine Tatsache, daß wir immer erst dann ein- und durchgegriffen haben, wenn die Verhältnisse uns keine andere Wahl mehr ließen. Wochte es sich um die Verteilung vorhandener Vorräte oder um die Regulierung der Preise handeln. Die Feststellung dieser unbestreitbaren Tatsache sagt uns nicht mehr und nicht weniger, daß die Verhältnisse uns und nicht wir die Verhältnisse regiert haben. Darin offenbart sich nicht nur eine bedenkliche Schwäche, sondern auch eine große Gefahr.

Als nach der zu Beginn des Jahres 1915 vorgenommenen Getreidebestandsaufnahme die Brotversorgung des Volkes aufs höchste gefährdet war, weil infolge der unterbundenen Futtermittelzufuhr große Vorräte bestanden, entschloß man sich zu der noch heute gültigen Regelung. Das war eine durchgreifende Maßregel, die wie ein Stern, trotz noch vorhandener Mängel aus der übrigen Lebensmittelversorgung hervorleuchtet. Sonderinteressen verminderten allerdings die ursprüngliche straffe Regelung zu durchlöchern und im zweiten Kriegswirtschaftsjahr an deren Stelle die Selbstbewirtschaftungsverbände zu setzen. Nach der heutigen Uebersicht bieten dieselben nicht die restlose Garantie einer im Sinne der Allgemeinheit liegenden Tätigkeit. Ueberraschungen sind bei ihnen nicht ausgeschlossen, die Verminderung der Brotration war eine solche. Aber trotz allem ist die Regelung der Brotversorgung die vorbildlichste.

Aber wie ist es mit den übrigen Lebensmitteln gegangen? Fest stand, daß wir einteilen, daß wir strecken mußten. Aber wie und wodurch? Etwa dadurch, daß man dem überkommenen Spiel der „freien“ Kräfte freie Hand ließ, um durch Hochtreiben der Preise die erforderliche Sparsamkeit zu erzielen? Zunächst waren durch Unterbindung der Weltzufuhrwege, durch Wegfall der Auslandskonkurrenz, dem „freien Spiel der Kräfte“ alle Tore der Willkür geöffnet. Nicht die Knappheit der Bestände diktierte die Preise, sondern die Spekulation, die eine herrliche Zeit für sich anbrechen sah. Mit Abnahme der Bestände ging die Preiskurve natürlich noch höher, aber eine Sicherheit dafür, daß wir nun wirklich mit unseren Beständen auskamen, war damit nicht verbunden. Die Leugner wir keineswegs, daß hohe Preise nicht zur Sparsamkeit anregen würden. Ach nein, sie zwingen sogar dazu. Es ist kein Geheimnis, daß einflußreiche Preise gewillt waren, den Weg des „Spiels der freien Kräfte“ zu gehen. Aber wohin hätte uns das geführt? Wir betonten schon, daß mit dem Hinaufstreben der Preise keineswegs die Sicherheit des Durchhaltens gegeben war. Von sozial- und innerpolitischen Gesichtspunkten aber mußte dieses unter allen Umständen abgelehnt werden.

Um einen Krieg mit solch gewaltigen Opfern wie diesen durchzuführen, dazu gehört nicht nur eine starke äußere, sondern auch eine noch stärkere innere Rüstung. Gewaltige innere Menschheitswerte und Kräfte sind dafür notwendig. Sind sie vorhanden, soll man sie pflegen und erhalten, sind sie nicht vorhanden, soll man sie schaffen. Dazu gehört unzweifelhaft die Verteilung der Kriegslasten. Eine zügellose Preisentwicklung legt die Last des Krieges am fühlbarsten auf die Schultern der Armen und Schwächsten. Während der Reiche sich fast keine Beschränkung auferlegen braucht, bricht der schwache Teil zusammen. Und dem gegenüber steht das große Vergnügen der Kriegsgewinne der Händler, Spekulanten und Produzenten. Wer kann eine derartige Entwicklung verantworten? Niemand. Und doch haben wir infolge unserer Häßlichkeit und vor allen Dingen verspäteten Maßnahmen dieser Entwicklung einen sehr, sehr weiten Spielraum gelassen. Weit

mehr, wie gut und zu verantworten ist. Das schafft Verbitterung, und wer wollte behaupten, mit Unrecht. Das Volk empfindet nicht nur die ungleiche Verteilung von Rechten und Pflichten, sondern es fühlt sich im Inneren getroffen, daß Maßnahmen und Absichten eines rücksichtslosen und grausamen Feindes die Grundlage für eine ungerechtfertigte Preisentwicklung abgeben muß. Daß der Krieg höhere Preise mit sich bringen würde, darüber war kein Zweifel, und damit hätte sich jeder abgefunden. Entscheidend bleibt das Maß der Preisentwicklung. Nur das, was heute ist, ist kein Verstoß mehr aufzubringen. Daher das Drängen nach Verteilung der Lasten, wie es in dieser unvollkommenen Welt nur möglich ist, ohne aber auch den Kräften des Lebens und Schaffens den nötigen Antriebsseifer zu rauben. Allerdings wäre es tief zu bedauern, wenn in dieser schweren Zeit nur klingender Lohn und nicht in erster Linie sittliches Pflichtempfinden der Arbeiter zum Einstellen aller Kräfte in den Dienst des Vaterlandes und der übrigen Volksgenossen sein würde. Daß bei denen, die die Grenze schämen, der Gedanke auch nur aufkommen könnte, daß dadurch erst recht gewissenlosen Menschen in aller Ruhe die Möglichkeit geboten würde, die im Inneren vorhandene Volksgut an ihnen selbst und ihren Angehörigen auszunutzen zu können. Das Gemeine und Schlechte war von jeher sehr stark bei den Menschen. In Notzeiten, wie gegenwärtig, ist es Pflicht, mit aller Entschiedenheit diesen zerstreuten Kräften, die dem Volk unnütze Lasten auferlegen, die die Volkstimme ungünstig beeinflussen, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Mit Festsetzung von Höchstpreisen und der Ausdehnung der Wucherbestimmungen, der Einrichtung von Preisprüfungsstellen, hat man versucht, dem entgegenzuwirken. Es kann nicht behauptet werden, daß durchgreifende Erfolge bereits vorlägen. Das führt uns immer wieder zu der Annahme, daß der Aufbau unserer Lebensmittelversorgung, die Preisgestaltung, Mängel in sich selbst haben muß. Dort liegt in der Tat der entscheidende Punkt.

## Der Jugendparagraf im Vereinsgesetz

In weiten Kreisen besteht die Auffassung, mit der dem Reichstag vorliegenden Reichsvereinsgesetznovelle würde eine eingreifende Änderung für die jugendlichen Personen unter 18 Jahren herbeigeführt. Dies kommt in prägnanter Weise zum Ausdruck in einem Artikel des bekannten Schriftstellers Richard Nordhagen im „Tag“, dem er die bezeichnende Ueberschrift „Der Schulentlassene als Bohnenkämpfer“ gibt. Er spricht darin von Neuerungen, die die Vereinsgesetznovelle bringe, indem hinfort auch Personen unter 18 Jahren an Vereinen und Versammlungen teilnehmen dürften, die sich mit Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen befassen. Er gibt der Meinung Ausdruck, damit werde Breche in die Ergebnisse jahrelanger, mühevoller Arbeit für die heranwachsenden gelegt. Um scheinbar den Gewerkschaften zu nützen, zerstöre man leichtfertig, was die gesamte deutsche Jugendpflege als Fundament ihres Wirkens erkannt habe: die Befreiung der Jugendlichen von politischen Trieben. Jahrzehntelanger Arbeit brauche völlige Vernichtung, mit einem unbedachten Federstrich wolle man sie auslöschen. Der Vorsitzende der christlich-sozialen Partei, Pastor D. Philipp, begründete die Niederlegung des Vorjages in dieser Partei u. a. auch damit, die Christlich-Sozialen würden durch ihre Zustimmung zur Vereinsgesetznovelle die Jugendlichen der politischen Agitation ausliefern helfen.

Wie liegen nun die Tatsachen? Bringt die Vereinsgesetznovelle wirklich einschneidende Veränderungen, so daß die erhobenen Befürchtungen zutreffen? Es muß leider gesagt werden: Wenn jemals aus Unkenntnis falsche Schlussfolgerungen gezogen worden sind, dann hier. Denn es

muss ausgesprochen werden, mit der Vereinsgesetznovelle wird an den tatsächlichen Zuständen nicht das geringste geändert.

Bis heute ist keine einzige der großen Gewerkschaften für politisch erklärt worden. Sie unterhalten seit vielen Jahren ihre für die Jugendlichen getroffenen Einrichtungen. Diese betreffen in der Hauptsache die Teilnahme an den gewerkschaftlichen Unterstüßungsvereinigungen, die Erteilung von Rechtschutz und Rat in allen das Arbeitsverhältnis betreffenden Fragen und der sozialen Versicherung, die Förderung der Berufsausbildung usw. Daneben versuchen sie auch die Vermittlung allgemeinen Wissens, einige Gewerkschaften geben besondere Jugendzeitschriften heraus. Daß die jungen Leute mit dem Geist der gewerkschaftlichen Berufsorganisation vertraut werden, das braucht in diesen Veranstaltungen gar nicht besorgt zu werden, obwohl es auch geschieht, denn diese Kenntnis bringt der tägliche Verkehr mit den älteren Arbeitsgenossen mit sich. In allen Tarifverträgen haben die Gewerkschaften besondere Schutzbestimmungen für die Jugendlichen durchgesetzt.

Dieses besteht also seit vielen Jahren und hat niemand etwas daran gefunden. Jüngere Anstände haben sich daraus auch nicht ergeben. Ja, ist es denn nicht geradezu zu wünschen, daß die Gewerkschaften den Jugendlichen Schutz und Hilfe bieten und sie vor Ungerechtigkeiten im Arbeitsverhältnis bewahren? Wer die Verechtigung der gewerkschaftlichen Organisation grundsätzlich anerkennt, kann dagegen nichts haben.

Trotzdem ist die Zahl der Jugendlichen unter 18 Jahren, die Gewerkschaften angehören, verhältnismäßig klein. Das kommt aber nicht von bisher möglichen entgegenstehenden gesetzlichen Bestimmungen, sondern ist ein ganz natürlicher Vorgang. Bisher haben die Gewerkschaften maßgebenden Einfluß vorwiegend in den gelehrten Berufen erreicht. In diesen Berufen haben die jungen Leute eine mehrjährige Lehrgzeit durchzumachen. Sie kommen für die eigentliche gewerkschaftliche Arbeit nicht in Betracht, der Teilnahme an Lohnkämpfen steht das Lehrverhältnis im Wege. Sobald sie aber die Lehre verlassen haben und als Geselle unter die übrigen treten, werden sie von diesen mit Recht als die übrigen rekrutiert, nach dem Alter wird nicht mehr gefragt.

Anderes steht es mit den Jugendlichen Arbeitern in den ungelerten Berufen. Diese treten vom ersten Tag an als Konkurrenten ihrer älteren Mitarbeiter auf. Von diesen kann man dann mit Recht sagen: „Schulentlassene als Lohnkämpfer“, nur in anderem Sinne wie Herr Richard Nordhausen meint. Sie lernen gleich die ganze Bitterkeit des Brotverdienens kennen, fliegen von einer Arbeitsstätte zur anderen, ohne das feste Lebensziel eines Lehrlings. Wenig geachtet und wenig Dank ist ihr Begeister. Alle diese jungen Arbeiter sind ungleich größeren Gefahren ausgesetzt, wie die, die eine Lehre ergreifen. Soll man diesen das Recht nehmen, mit ihren älteren Arbeitskollegen um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen sich zu bemühen? Oder sollen sie etwa dazu dienen, um die anderen niederzuhalten, was ja leicht durch sie zu erreichen wäre, der leichten Erfassbarkeit ungelerner Arbeiter halber. Abgesehen davon, daß das nicht möglich ist, denn die Auflösung des Arbeitsverhältnisses ist frei, würde damit geradezu eine vergiftende Wirkung ausgeübt. Wer die Schulentlassenen dem Kampfe aus dem Dasein überläßt, muß ihnen auch die Möglichkeit lassen, sich in geeigneter Weise gegen Anzulänglichkeiten, Härten und Ungerechtigkeiten zu schützen.

Wenn irgendwo die Organisation der Arbeiter zu wünschen ist, dann bei den ungelerten. Erst dadurch wird Ordnung in dem großen Chaos dieser Arbeiterschaft geschaffen, sie bekommen damit ein festes Fundament unter die Füße, ein Lebensziel wird ihnen gezeigt, daß sie nicht mehr schutz- und hilflos durchs Leben zu gehen brauchen. Das beste Beispiel haben wir bei den Bauhilfsarbeitern. Ursprünglich der Unterschicht für alle verachteten Tätigkeiten, weithin eine Gelegenheitsarbeit, ist er zu einem festen und leistungsfähigen Beruf geworden, dessen materielles und moralisches Niveau sich ganz außerordentlich gehoben hat. Die Berufsorganisation hat dies geschaffen und sie rechnet dies zu einem ihrer größten Verdienste.

Aber warum sind denn die Gewerkschaften für die Berufsorganisation, wenn dieselbe keine Änderung der bestehenden Verhältnisse bringt? Diese Frage kann man stellen. Sehr einfach: Um die bestehende Unsicherheit zu beseitigen. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen kann eine leitende Behörde eine Gewerkschaft, oder auch nur eine Ortsgruppe derselben, für politisch erklären. Das ist besonders für unsägliche Zeiten von Bedeutung. Das haben wir vor dem Krieg, und nur in Frankreich, erfahren müssen. Das Fehlen der Schlichtungsstellen und die Schwächung des Arbeitsverhältnisses, hinter dem sich sehr viele, es spricht ungenügend wurde, hatte ein

Atmosphäre geschaffen, die stark gewerkschaftsfeindlich war. Von solchen Stimmungen bleiben auch Behörden nicht immer unbeeinflusst, insbesondere, wenn man die vielen Beziehungen zwischen Behörden und Arbeitgebervertretern kennt. Diese gewerkschaftsfeindliche Stimmung war es, die zur Politischerklärung einer Anzahl gewerkschaftlicher Ortsgruppen kurz vor Ausbruch des Weltkrieges geführt hat. Die dagegen angerufenen Gerichte haben den Entscheid der Behörde bestätigt. Wir betonen aber, daß es sich nur um einige Ortsgruppen handelte, nicht um eine einzige Zentralorganisation, die gegenüber dem Gesamtumfang der Gewerkschaften total verschwinden. Nicht der Jugendlichen halber erfolgte die Politischerklärung, sondern, es handelte sich vorläufig nur um freie Gewerkschaften, weil man allgemein eine politische sozialdemokratische Organisation darin erblickte. Den Arbeitgebern kommt es auf dieses nicht an, was sie damit zu erreichen beabsichtigen, ist weiter nichts wie die Erschwerung der gewerkschaftlichen Tätigkeit, sie wollen die Kraft der Gewerkschaften damit schwächen. Erreichen sie dieses bei drohenden Arbeitskonflikten, müssen die Jugendlichen unter 18 Jahren die gewerkschaftliche Mitgliedschaft aufgeben, und diesen an den Versammlungen nicht mehr teilnehmen. Das nützt ihnen zwar auch nichts, denn diese können trotzdem die Arbeit einstellen und die Gewerkschaften können sie unterstützen, ohne daß sie Mitglieder sind. Auch gibt es noch einen anderen Ausweg. Betriebsversammlungen, die sich lediglich mit den Arbeitsverhältnissen eines Betriebes oder auch mit sozialpolitischen Fragen beschäftigen, gelten bisher weder für politisch, noch für öffentlich, mithin können Jugendliche ungehindert daran teilnehmen. Die Gewerkschaft beruht mithin im Fall ihrer Politischerklärung keine Gewerkschafts- sondern eine Betriebsversammlung ein. Will man die Gewerkschaften von dem einfachen und geraden Wege abdrängen, und sie zum Begehen solcher Umwege nötigen? Das würde nur unnötige Verbitterung schaffen, umso schärfer würde aber auch die indirekte Beeinflussung einwirken. Die Jugendlichen bilden in den Bestrebungen der Gewerkschaften einen festen Pol, auf den sie nicht verzichten können, weil ihre Interessen wesentlich davon beeinflusst werden. Sie verfolgen damit keine politischen Zwecke, sondern rein gewerkschaftliche. Soll man den Jugendlichen die Gewerkschaften aber auch erst als eine verbotene Frucht hinstellen? Und was ist wünschenswerter, das Herumtreiben der Jugendlichen in zweifelhaften Gesellschaften und auf den Tanzböden, oder die Beschäftigung mit gewerkschaftlichen Dingen, die sie zur Selbstzucht anleiten, die ihnen die Gedanken der Solidarität, der ersten Pflichterfüllung und der Berufstüchtigkeit nahe bringen? Wir meinen, die Wahl kann nicht schwer fallen. Mit der Vereinsgesetznovelle wird mithin nicht die geringste Neuerung geschaffen. Die Gewerkschaften treten für sie ein, weil sie die Unsicherheit zwar nicht ganz, aber doch erheblich einschränkt und die Handhabung der bisherigen Bestimmungen zu Unannehmlichkeiten hindert. Die Befürchtungen des Herrn Richard Nordhausen und aller übrigen, die mit ihm einer Meinung sind, treffen mithin nicht zu. Sie alle gehen von absolut falschen Voraussetzungen aus und kommen daher zu eben solchen Schlussfolgerungen. Das auszusprechen, ist angesichts der betriebenen Agitation gegen die Vereinsgesetznovelle eine gebieterische Notwendigkeit.

Wenn Personen, die dem gewerkschaftlichen Leben fernstehen, die die tatsächliche Lage, wie sie unter der Herrschaft des Reichsvereinsgesetzes sich entwickelt hat, nicht kennen, die mit den Bestimmungen desselben auch entgegen der gar nicht, oder nur oberflächlich vertraut sind, zu Schlussfolgerungen kommen wie vorstehend, wogegen wir uns zu wenden genötigt sind, dann kann man das zwar behaupten, findet es aber immer noch entschuldbar. Zudem wir bei Nordhausen sowohl wie bei D. Philipps annehmen, daß es aus einer ehrlichen Meinung heraus und aus der Sorge um unsere Jugend geschehen ist. Anders liegt es aber, wenn aus Krüppeln, die es wissen müßten, und zwar deshalb, weil sie ebenfalls sich den Namen einer Arbeiterorganisation beigelegt haben, die gleichen Befürchtungen ausgesprochen werden. So schreibt der „Arbeiter“ (Nr. 11), Organ des Bundes katholischer Arbeitervereine, Eißlein, am Schlusse seiner Besprechung des Entwurfs:

„So sehr uns dieser Fortschritt auch mit Genugtuung erfüllt, so läßt sich andererseits nicht verkennen, daß die vorliegende Fassung des Gesetzesentwurfes nicht unerhebliche Gefahren für die schulentlassene Jugend, die männliche und die weibliche, in sich birgt. Das erkennen — wie wir dieser Tage gehört haben — selbst freisinnige Politiker, wie die Abgeordneten Parrer Dr. Krebs und der Oberbürger Dr. Kerschbamer nicht. Und nämlich der Entwurf des Gesetzes, dem durch die Gewerkschaften Eingriffe und Minderungen unabweisbar nach dem Bestreben der Gewerkschaften angedroht werden, ist ein Schritt zur Beseitigung der politischen Freiheit und andere

Gewerkschaften schon jetzt eifrig vor. Es dürfte jedoch keinem Zweifel unterliegen, daß jene bekannten Organisationen, die ihre Arbeit lediglich nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Beiseiteziehung der religiösen Beeinflussung verrichten und in der Vorbereitung und Durchführung wirtschaftlicher Kämpfe ihre wesentlichste Aufgabe erblicken, nicht geeignet sind für die jugendliche Arbeiterkraft, die sich eigentlich noch in den Kinderjahren befindet.

Diese der Jugend, der männlichen wie der weiblichen, drohenden Gefahren wegen um so schwerer, als die Gewerkschaften die großen Lücken, die der Krieg in ihre Reihen gerissen hat, durch verdoppelte Agitation unter der schulentlassenen Jugend auszufüllen gedenken.

Da Regierung und Reichstag schwerlich gewillt sind, im Wege der Gesetzgebung diesen Gefahren zu begegnen, wird die katholische Berufsorganisation nunmehr es als ihre Pflicht betrachten, ihre ganze Kraft einzusetzen, um die katholische schulentlassene Jugend zu gewinnen und sie dadurch vor den nachteiligen Einwirkungen einer rein wirtschaftlichen Geist geführten gewerkschaftlichen Erziehung und des Klassenkampfes zu bewahren. Der Kampf um die Jugend — darüber dürfen wir uns nicht täuschen — wird künftig vorwiegend auf gewerkschaftlichem Gebiete ausgefochten.“

So! Darin liegt jedenfalls mehr wie in dem oben von uns behandelten, und zwar in bestem Sinne. Weil der Mann, der dem „Arbeiter“ dies geschrieben, an sich ein nicht weiß, daß die Gewerkschaften seit vielen Jahren Jugendliche unter 18 Jahren als Mitglieder aufnehmen dürfen und aufgenommen haben, besteht er nicht Absichten und Vorbereitungen an, die nicht egerieren. Wer die Gelegenheit ist ihm doch zu glänzig, um damit die den eigenen organisationsegoistischen Interessen dienenden Schlussfolgerungen in der üblichen, andere verdächtigenden Umkleidung, an den Mann zu bringen. Wir kennen diese Gedankengänge und Winkelzüge zu genau. Sie überraschen uns insofern, als sie uns den Beweis liefern, daß „Eißlein“ den Kampf gegen die Gewerkschaften, insbesondere gegen die Christlichen, nach dem Kriege in der alten Form weiter führen wird. Es ist gut, daß wir dies bei Zeiten erfahren. Man wird uns gewappnet finden. Um ihres kühnen Nennens halber aber sollte die Reaktion des „Arbeiter“ sich bemühen, Kreise aus ihren Spalten fern zuhalten, deren Kenntnisse mit den Tatsachen soweit im Widerspruch stehen, wie es hinsichtlich der Jugendlichen in der Reichsvereinsgesetznovelle der Fall ist. Sie sollte sich immer des Titels erinnern, den ihr Blatt am Kopfe trägt.

### Allgemeines

Das **Eiserne Kreuz** erhielten folgende Kollegen: Unteroffizier **Heinrich Könniger**, Unteroffizier **Johannes Giesers** und **Joh. Brunnmann**, Mitglieder der Zahlstelle Dinklar; Unteroffizier **Adam Strecker**, Mitglied der Verwaltungsstelle Hannover; **Josef Rohn** aus Ellar, Mitglied der Verwaltungsstelle Essen; **Heinrich Schäfers** aus Marienloh, Mitglied der Zahlstelle Paderborn; Unteroffizier **Joh. Klein**, Mitglied der Zahlstelle Cöln-Stadt, Mauer. **Vizefeldwebel Aug. Lehendeker**, Mitglied der Zahlstelle Cöln, Plattenleger, wurde zum Offizierstellvertreter befördert.

Der **Deutsche Bauarbeiterverband** hat auf einer Reichskonferenz dem Verhandlungsergebnis zur Erneuerung der Tarifverträge einstimmig zugestimmt. Auch der **Deutsche Arbeitgeberbund** f. d. B. hat auf seiner in Hannover stattgefundenen Generalversammlung die getroffene Vereinbarung angenommen.

Eine **Ernteflächenhebung** hat der Bundesrat für die Zeit vom 1. bis 20. Juni angeordnet. Dieselbe erstreckt sich auf ziemlich sämtliche selbstbewirtschafteten Erzeugnisse der menschlichen und tierischen Ernährung. Damit wird bereits ein in der Denkschrift der christlich-nationalen Arbeiterpartei gemachter Vorschlag erfüllt. Um Mangel in der Ernährungsfrage zu schaffen, ist eine Ueberlast über den Anbau unserer neuen Ernte erforderlich.

**Deutschlands Butterbedarf.** Die deutsche Butterproduktion betrug in den letzten Friedensjahren rund 200 000 Tonnen. Eingeführt wurden im Durchschnitt der Jahre 1912 und 1913: 51 896 Tonnen Butter und 43 162 Tonnen Rahm. Unter Berücksichtigung des eingeführten Rahms hätten wir also bei einem Gesamtverbrauch von rund 460 000 Tonnen Butter rund 60 000 Tonnen oder 13 Prozent unseres Bedarfs vom Auslande bezogen. Allerdings ist hierbei unsere starke Abhängigkeit von der ausländischen Futtermittelzufuhr zu berücksichtigen.

Die **deutsche Gemüseerzeugung** betrug in den letzten Friedensjahren rund 18 Millionen Tonnen. Davon wurden etwa 12 Millionen Tonnen verfrachtet und etwa 6 Millionen Tonnen von den Menschen verzehrt. Demgegenüber betrug im Durchschnitt der Jahre 1912 und 1913 unsere Einfuhr an Gemüse 326 057 Tonnen, die Ausfuhr 51 682 Tonnen, der Einfuhrüberschuß mithin 274 375 Tonnen. Dem Auslande verbrachten wir also nur 1 1/2 Prozent unseres Gesamtbedarfs und nur 4 1/2 Prozent des menschlichen Verzehrs.

# Abrechnung

## des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands für das Jahr 1915.

Die mit einem \* versehenen Verwaltungsstellen haben für das IV. Quartal nicht abgerechnet. † bedeutet aufgelöst.

Rfd. Nr.	Verwaltungsstelle	Satz der Mitgliedsbeiträge	Einnahme								Ausgabe												Summe an die Hauptkassette gel.	Rfd. Nr.			
			Rassenbeitrag	Gewerkschaftsbeiträge	Wohlfahrtsbeiträge	Zuschlagbeiträge	Kontingentsbeiträge	Sonderbeiträge	Zuschuss aus der Hauptkassette	Gesamteinnahme	An die Hauptkassette einbezahlt	An Hauptkassettengelder verwendet für:										Zentrale Ausgaben			Gesamtausgabe	Bestand der Kassette	
												Rechtschutz	Krankenkassenversicherung	Erwerbslosenversicherung	Wohlfahrtsvereine	Wohlfahrtsvereine	Wohlfahrtsvereine	Wohlfahrtsvereine	Wohlfahrtsvereine	Wohlfahrtsvereine	Wohlfahrtsvereine						Wohlfahrtsvereine
<b>Bezirk Berlin</b>																											
1	Kue	0	47 65	— 50	228 10	—	—	—	35	—	276 60	194 66	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1
2	Berlin	147	418 44	1 50	5025 20	41	—	151 10	26 05	100	5761 10	3148 34	10	—	499 40	80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2
3	Rönigsberg Am. †	—	18	—	—	—	—	—	—	—	18	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	3
4	Ludau	21	115 05	— 50	256 35	—	—	—	—	—	373	195 69	—	—	14	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	4
5	Büßen *	—	108 68	—	—	—	—	—	—	—	108 68	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	5
6	Leipzig †	2	13 06	— 50	30 90	—	—	—	—	—	44 46	33 05	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	6
7	Lippehne	6	42 83	—	100 50	—	—	—	—	—	143 33	86 96	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	7
8	Neuzelle †	—	32 20	—	—	—	—	—	—	—	32 20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	8
9	Neustrelitz	4	8 20	—	98	—	—	—	—	—	106 20	75 62	—	—	7 70	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	9
10	Waldham	5	31 09	—	147 70	—	—	—	—	—	178 79	117 96	—	—	7 60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	10
11	Senftenberg	6	382 51	—	127 65	—	—	10 20	—	—	520 36	99 03	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11
12	Soldin †	—	10 60	—	—	—	—	—	—	—	10 60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12
13	Schleiz	7	10 21	—	77 75	—	—	—	—	—	87 96	66 11	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	13
14	Tribbes	5	12 80	— 50	88 35	—	—	—	10	—	167 74	84 05	—	—	—	56	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	14
15	Wieg	2	35 78	—	37 75	—	—	—	—	—	73 53	32 04	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	15
16	Wusterhausen †	—	20	—	—	—	—	—	—	—	20	0 20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	16
17	Rosfen *	—	22 50	—	4 80	—	—	—	—	—	67 30	40 8	—	—	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	17
<b>Summa</b>		211	1323 57	3 50	6223 05	41	—	161 30	37 50	100	7957 92	4146 86	10	—	528 70	170	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
<b>Bez. Bochum</b>																											
18	Arnsberg	32	866 30	2	803 05	—	—	46 10	10 10	—	1727 55	361 39	—	—	169 70	125	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	18
19	Bochum	220	7462 14	48	6072 90	8	—	373 70	288 54	200	14453 28	4057 94	35 86	—	460	2 76	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	19
20	Dortmund	367	43602 28	54 50	10652 25	—	—	622	2519 77	—	17540 80	6828 34	—	—	114 25	92	222 12	—	—	—	—	—	—	—	—	—	20
21	Duisburg	155	4396 11	19 50	4820 36	31 20	—	356 70	942 94	—	10560 60	2975 36	—	—	502 35	148	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	21
22	Essen	600	16096 64	118 50	16360 40	28 80	—	1172 30	636 07	—	35018 31	9600 76	—	—	1510 20	308	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	22
23	Wesendonk	154	4108 93	16	3029 45	—	—	215 30	84 56	—	8352 34	2631 02	—	—	220 40	60	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	23
24	Waldbeck	48	562 58	—	1324	—	—	53 00	102 07	150	2195 55	1000 71	—	—	126 25	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	24
25	Gagen	63	1720 46	16	1707 65	—	—	67 70	1768 11	—	5279 91	300	—	—	365 80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	25
26	Haun	182	4349 60	34 50	5070 15	—	—	670 50	351 86	—	10395 61	3062 27	—	—	773 20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	26
27	Overhausen	89	2251 80	5 50	3669 35	—	—	192 60	211 97	—	5231 31	1519 32	—	—	235	156	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	27
28	Reddinghausen	78	2955 69	6	2285 05	—	—	138 50	54 04	—	5430 28	1754 90	—	—	204 10	76	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	28
<b>Summa</b>		1088	78060 81	323 50	55803 60	68	—	3900 10	6970 63	350	148135 44	33638 01	38 56	—	5389 24	1284	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
<b>Bez. Breslau</b>																											
29	Baugen	17	24 44	— 50	289 20	—	—	3	—	—	319 34	204 87	—	—	25 10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	29
30	Breslau	29	305 72	4	881 15	—	—	1	—	—	1195 62	348 35	—	—	227 50	92	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	30
31	Blag	5	30 64	—	109 50	—	—	—	—	—	149 14	59 73	—	—	23 80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	31
32	Glogau	14	137 33	2	539 90	—	—	10 50	—	—	400 09	226 58	—	—	46 80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	32
33	Görschitz	12	151 80	6	370 25	—	—	8 20	—	—	436 25	26 80	—	—	203 05	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	33
34	Görschitz	123	315 02	8	3322 45	—	—	4 40	—	—	2654 02	1484 11	—	—	301 55	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34
35	Gr. Döbern †	—	77 86	—	—	—	—	—	—	—	77 86	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	35
36	Grottkau	17	241 16	— 50	263 40	—	—	22 60	102 18	—	629 83	276 83	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	36
37	Heinpen	8	421 21	1	30 35	—	—	19 50	15 86	—	490 02	32 96	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37
38	Konstanz	—	26	—	65 40	—	—	—	—	—	68 66	68 40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	38
39	Landeshut	8	48 48	— 50	149 15	—	—	2 40	1 40	—	201 93	105 29	—	—	13 20	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	39
40	Münsterberg	2	9 56	—	24 75	—	—	—	—	—	34 31	19 08	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40
41	Namslau *	—	288 06	—	—	—	—	—	—	—	288 06	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	41
42	Neugersdorf *	—	19 27	—	—	—	—	—	—	—	19 27	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	42
43	Neiße	26	255 83	1 50	542 55	—	—	—	—	—	802 45	317 08	—	—	100 80	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	43
44	Ostribitz	44	194 13	— 50	789 80	—	—	35	16 05	—	1037 48	561 20	—	—	16 50	52	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	44
45	Sagan	15	242 95	2 50	323 45	—	—	—	—	—	569 50	224 75	—	—	6 75	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	45
46	Schirgiswalde *	—	47 05	—	—	—	—	—	—	—	47 05	—	—	—	—	—											





Nr.	Verwaltungsteile	Soll bei Ertragssteuer	Einnahme										Ausgabe										Summe
			Renten	Steuern	Beiträge	Beiträge	Beiträge	Beiträge	Beiträge	Beiträge	Beiträge	Beiträge	Beiträge	Beiträge	Beiträge	Beiträge	Beiträge	Beiträge	Beiträge	Beiträge	Beiträge		
246	Brasel	4	158 19		117 20		19 20		14 65	803 24	99 81		14 65					20 10	134 56	168 68	248		
247	Brilon	18	134 38		381		23 80	40		539 38	317 74		650				101 20	425 44	113 04	247			
248	Detmold	49	257 96		1001 60		102 60	24 24		1836 40	695 15		92 50				365 30	1152 05	238 45	248			
249	Emmerthal	5	148 17	1	122 50		8 40	7 64		287 71	104 97						24 10	129 07	158 64	249			
250	Geisela	2	90 17		49 80			1 20		141 17	138 71						2 46	141 17		250			
251	Gütersloh		80 37		17 50		1 50			99 37	47 26						52 11	99 37		251			
252	Hage	12	190 61	1	280 60		26 40	5 80		504 41	199 61		30 15				79 17	298 93	205 48	252			
253	Hilfstadt	9	110 98	1 50	414 60		20 40			547 48	341 14		12 55				188 85	492 54	54 04	253			
254	Hilftringen	28	435 96	50	788 45		60			1234 91	405 47		61 05				161 86	628 38	608 53	254			
255	Hilfde	7	20 37		209		37 20			275 57	99 93		41 78	36			87 30	264 08	10 59	255			
256	Marberg	33	495 59	50	570 80		51 40	20 10		1138 39	396 70		89 30				365 22	851 22	287 17	256			
257	Delde	7	63 08	1 50	251 30		12 60	5 45		338 93	144 73		75 60				88 53	258 86	75 07	257			
258	Olberg	5	216 10	1	78 20		6			301 30	67 40						45 20	112 60	188 70	258			
259	Padernborn	124	3012 48	14 50	2838 03		263 40	147 57		6276	2182 86		196 55	52			1089 99	3521 40	2754 00	259			
260	Rheba	3	48 66		44 20		2 40	1 40		98 66	94 11						2 25	96 86		260			
261	Stahle	24	457 46	50	481 70		22 90	16 99		970 55	293 48		116 60				98 46	506 54	473 01	261			
262	Steinhagen	7	131 85	50	158 30		7 20			295 85	116 85		50 50				77 21	199 58	96 20	262			
263	Soest	6	151 79		140 30	18	14	3 27		327 36	43 47		80 90				65 83	200 20	127 16	263			
264	Werk	17	478 45	1	428 45		44 80	1 75		954 45	280 62		84 60				72 53	437 75	518 70	1 55 264			
265	Werther	7	179 77		120 80		7 20		39 61	347 38	70 15		51				44 98	175 13	172 25	265			
266	Wiedenbrunn		56 19		5 40					61 59	60 52						1 07	61 59		266			
Summa		440	8498 63	35	10322 65	18	848 50	295 30	54 26	20007 48	7430 73	145	1115	10308			3277 51	12082 79	7084 84	1 55			
Bezirk Bielefeld																							
267	Argenau		107 31							107 31									107 31	267			
268	Bielefeld	1	48 13		11 80					59 93	10 03						1 89	11 02	48 01	268			
269	Bielefeld	9	212 80	50	137 75					361 05	80 52		87				19 87	137 30	218 68	269			
270	Brakel	8	52 35	1 50	152 75		7 10	1 14		214 81	83 75		30 15				35 40	149 30	65 54	270			
271	Bielefeld (W.)		403 04							403 04									403 04	271			
272	Bielefeld (S.)		108 04							108 04									108 04	272			
273	Hohenstaufen (W.)	1	25 22		20 20					45 42	16 24						2 00	19 14	26 28	273			
274	Hohenstaufen (S.)	2	9		44 20		1 90			55 10	37 61						13 40	51 01	4 09	274			
275	Köster (W.)	20	152 54	50	414 60				78 85	646 49	240 30		301 60				68 60	514	133 49	214 39 275			
276	Köster (S.)	16	17 43	1 50	297 50		28 20	40		345 03	210 71		43 85				73 20	327 78	17 37	276			
277	Kruschwitz	8	314 09	1	188 35		2 50			505 94	147 05						50	197 05	307 99	277			
278	Kurndorf		25 42							25 42									25 42	278			
279	Kurndorf	14	34 37	2	177 50		4			217 87	152 59						23 46	176 04	41 83	279			
280	Kurndorf		7 47	2	3 50			20		13 17	4 88						2	6 88	6 29	280			
281	Köster	54	7 07	2	1018 65		29 40	3 78	60	1113 83	472 77		181 25	248			211 81	1113 83		281			
282	Köster		32 23		146 50				108 20	286 03	124 52		52 20	56			15 72	248 44	38 49	282			
283	Köster		5 12							5 12									5 12	283			
284	Köster	32	741 12	5 50	825 03		62 50	44 31		1678 43	564 87		141 10				204 21	910 18	768 30	284			
285	Köster		60 50							60 50									60 50	285			
286	Köster	13	35 11	4 50	289 45		3 20	40		312 66	224 72		8 55				49 38	282 63	80 01	286			
287	Köster	31	208 69	3	654 55			60	207 75	1069 79	486 71		176 50	88			178 08	900 24	160 55	287			
288	Köster	2	126 26		35		70			181 96	6 60		32 10				44 46	73 16	88 80	288			
289	Köster	2	9 06		62 40			10	48	119 86	53 17			48			3 10	104 57	15 39	289			
290	Köster	6	142 34	3	131 30		3 80			280 44	114 16						42 40	156 56	123 88	290			
291	Köster	9	98 49		134 56		7 50			240 40	48 41		66 15				24 50	130 08	101 43	291			
292	Köster	14	453 60	6	395 30		23 30	4 40		881 60	222 11		27 10	92			64 59	406 10	475 20	292			
293	Köster																			293			
Summa		250	5431 80	83	6120 85		173 10	55 83	602 80	9317 35	3283 72		600 55	332			1156 28	5042 55	3374 83	214 39			
Bezirk Saarbrücken																							
294	Bruchweiler	8	57 89		160 30		6 40			224 59	137 12						29 27	166 30	58 30	294			
295	Contwig	26	254 46	1 50	573 30			7 85		837 01	397 11		54 40				79 57	531 08	290 03	146 41 295			
296	Homburg	14	77 34		274 43		19 20	50	100	471 49	191 90		10 40	100			55 46	357 78	113 73	1 50 296			
297	Kaiserslautern	14	272 55		288 90		4 60			566 25	115 77		12 30				47 05	175 12	30 13	297			
298	Landau	23	100 20	1 50	525 10		8 60			635 40	352 47		38 15				87 19	477 81	157 69	298			
299	Landau	4	156 99	50	112 45		7 20	15		277 29	62 71		20 70				189 49	372 90	4 30	299			
300	Neub *		103							103									103	300			
301	Neustadt (Harth)	1	4 07		24		90			28 97	20 40						4	24 40	4 57	301			
302	Rimmafsen	2	16		57					57 16	22 03		10 98				6 88	47 88	9 30	302			
303	Ruedersbach	10	51 42		227 15		18			296 57	84 79		7 70	64			131 47	287 06	8 61	303			
304	Saarbrücken	137	1857 32	82 50	3066 03		157 10	343 30		5456 57	911 45		520 90	88			2159 87	3674 22	1782 35	3580 02 304			
305	Sier	65	1264 38	2 50	1963 85		184 20	19 25		3434 38	957 98		434 50				892 85	2285 08	1140 05	305			
306	Weingarten	6	104 39		156 90					260 99	91 38		42				43 20	176 58	84 11	306			
307	Wiesbaden		19 16							19 16									19 16	307			
Summa		310	4323 55	33 50	7429 35		408 40	865 05	100	12662 85	3945 11		1161	252			3719 30	8477 41	4185 44	2707 93			

# Wirtschaftliche Bewegung

## Bezirk Bochum.

**Mitteilungen.** Eine gut besuchte Mitgliederversammlung besaßte sich mit der am 3. Mai in Berlin stattgefundenen Tarifverhandlung. Kollege Dieblich gab den Bericht und empfahl den Kollegen die Annahme des Vertrages. Die Abstimmung ergab aber, daß die meisten Kollegen gegen die Annahme waren, und wurde in der Diskussion die Teuerungszulage als unzureichend gegenüber den Lebensmittelpreisen bezeichnet. Falls der Tarifvertrag angenommen würde, sollte aber auch auf die Unternehmer eingewirkt werden, daß die tarifliche Arbeitszeit eingehalten werde. Es wäre geradezu empörend, bei der heutigen Befristung eine 11stündige Arbeitszeit zu fordern.

**Worbeck.** In einer am Sonntag, den 7. Mai, stattgefundenen Mitgliederversammlung berichtete Kollege Dieblich über die Tarifverhandlungen, welche am 3. Mai in Berlin stattfanden. Aus der nachfolgenden Diskussion ging hervor, daß man mit dem Resultat der Verhandlungen nicht zufrieden sei, aber andererseits zu unseren Vertretern das Vertrauen hätte, alles für uns getan zu haben, was in ihren Kräften stehe. Man stimmt daher der Annahme des Vertrages zu. Wenn auch unsere Wünsche nicht ganz erfüllt seien, so sei doch der Abschluß des Vertrages ein Erfolg, da er auch den Kollegen zugute käme, wo wenig Arbeit vorhanden sei. Zu bedauern sei es, daß auch die Indifferenten die Vorteile des Verbandes einheimen könnten und es sei jetzt unsere Pflicht, mit neuem Eifer an die Agitation heranzugehen, damit das Fundament des Verbandes auch während des Krieges gut erhalten bleibe und nach demselben wieder rüstig weiter gebaut werden könne.

**Essen.** Am Samstag, den 13. Mai, fand im Arbeiterhaus unsere Mitgliederversammlung statt und wurde in derselben Stellung genommen zu den in Berlin getätigten Tarifverhandlungen. Nachdem der Bezirksleiter, Kollege Koch aus Bochum, den Werdegang der Verhandlungen dargestellt hatte, entspann sich eine rohe Diskussion. Sämtliche Diskussionsreden bezeichneten die Teuerungszulage als unzureichend, zumal hier im Industriegebiet nur von den Kriegsgewinnen gebaut würde, und auch die Unternehmer angemessene Teuerungszulagen bekämen. Auch konnte man es nicht verstehen, daß die erste Zulage erst am 1. Juli gezahlt werden sollte. Gibt es doch Unternehmer, welche schon längere Zeit 8 Pf. Teuerungszulage zahlen. Gegen die Verlängerung des Vertrages auf ein weiteres Jahr, falls am 31. Dezember 1916 noch kein Frieden geschlossen, hegte man auch Bedenken, zumal die Lebensmittelpreise andauernd steigen. Wenn zum Schluß die Majorität der Versammlung für die Annahme der Vereinbarungen stimmte, so geschah dies im Interesse der Allgemeinheit, damit auch die Unternehmer in den Gebieten mit weniger Arbeit gezwungen werden, die Teuerungszulage zu zahlen, und in der bestimmten Erwartung, daß dann auch die Unternehmer den Tarifvertrag wieder in allen seinen Punkten einhalten werden. Zum Schluß betonte Kollege Koch noch, daß man die Unzufriedenheit nicht auf die Verbandstätigkeit abwälzen dürfe, sondern im Gegenteil müßte Sorge getragen werden, daß auch der letzte Mann auf der Baustelle dem Verbande zugeführt werde, nur dann könnte der Verband seiner Aufgabe gerecht werden und auch in Zukunft die Interessen der Kollegen mit Nachdruck vertreten.

**Hörde.** Am 10. Mai fand im Restaurant „Stolze“ eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, um Stellung zu nehmen zu dem Angebot der Arbeitgeber vom 3. Mai. In längeren Ausführungen verarbeitete sich Kollege Schmalfleg-Dortmund über das Ergebnis der am 3. Mai in Berlin stattgefundenen Tarifverhandlungen. Das Angebot der Arbeitgeber werde der so starken Teuerung gewiß nicht annähernd gerecht, jedoch sei unter den heutigen schwierigen Verhältnissen nicht mehr herauszuholen gewesen. Wer den Standpunkt der Arbeitgeber kannte, müsse zugeben, daß es fast unmöglich wäre, wieder Verhandlungen zu bekommen. Er hat, den schätzbarsten Vertrag als ganzes zu betrachten und das Berechnete anzunehmen. In der dann folgenden Ansprache beschwerten die Kollegen sich sehr darüber, daß Hörde bei der jetzigen Tarifverhandlung nicht mit Dortmund gleichgestellt ist. Es sei eine große Härte, daß in Hörde 4 Pfg. pro Stunde weniger gezahlt werden, wie in Dortmund, obwohl die Lebenshaltung mindestens so teuer sei wie auch dort. Die Kollegen sprachen den Wunsch aus, daß bei dem nächsten Tarifabschluß diese Ungerechtigkeiten beseitigt würde. In der Hoffnung, daß dieser ihr Wunsch in Erfüllung ginge, seien sie bereit den Tarifvertrag mit den in Nr. 20 der „Baugewerkschaft“ veröffentlichten Zulagen anzunehmen. Im Schlußwort sprach Kollege Schmalfleg die Hoffnung aus, daß auch nunmehr die Kollegen wieder kräftig mitarbeiten würden, damit die Kollegen der zahlreichsten Hörde sich vor unseren aus dem Felde zurückweichenden Kollegen nicht zu schämen brauchten. Gegen 11 Uhr konnte die schon verlaufene Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen werden.

## Bezirk Köln.

**Köln.** Am Sonntag, den 14. Mai, fand unsere, den Verhältnissen entsprechend, gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege Dag berichtete über den Verlauf der zentralen Verhandlungen in Berlin und der partiellen Streit im Wohngebiete Köln. Aus dem Berichte ist zu entnehmen: „Als die zentralen Verhandlungen am 11. und 12. Februar in Berlin scheiterten, stellten wir erneut Anträge um örtliche Verhandlungen bei dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes, wie auch bei denjenigen Unternehmern, die dringende Arbeiten auszuführen hatten. Die einzelnen Unternehmer verwiesen uns an den örtlichen Arbeitgeberverband. Der Arbeitgeberverband lehnte indes zentralen Verhandlungen ab und stellte uns gegen zentralen Verhandlungen anzuzeigen. Die Arbeitgeber beschloßen, die in Berlin bei den zentralen

## Zur Beachtung! Sonntag, den 28. Mai ist der 13. Wochenbeitrag fällig. Jeder ernste Gewerkschaftler zahlt seine Beiträge pünktlich.

Verhandlungen angebotenen Kriegszulagen von 4, 5 und 6 Pfg. schon ab 15. März zu zahlen. Der Grund dieses Beschlusses war zu durchsichtig, um nicht gleich verstanden zu werden. Unsere Kollegen waren der Ansicht, daß dieses nur ein Beruhigungspulver sein sollte, um auf diese Art und Weise über den 1. April und die tariflose Zeit hinwegzukommen. Als aber der 1. April und mit ihm der Tarifvertrag außer Geltung kam, machte sich eine starke Bewegung bemerkbar, um unseren gestellten Forderungen Nachdruck zu verleihen. Eines schönen Tages sagten die Kollegen an verschiedenen Arbeitsstellen, wir wollen jetzt Laten sehen, es sind genug der schönen Worte gefallen. Der Tarifvertrag hat uns während des Krieges lange genug verpflichtet, ohne jegliche Steigerung unserer Einnahmen zu arbeiten. Jetzt wo der Tarifvertrag außer Geltung ist, wollen wir unsere Lage verbessern, und zwar durch den Kampf, da uns auf gutlichem Wege nichts in Aussicht steht. — Bei fünf Unternehmern stellten die Kollegen die Arbeit ein und streikten 14 Tage bis zum 1. Mai einschließlich. Da wurde uns mitgeteilt, daß am 3. Mai in Berlin wieder zentrale Verhandlungen stattfinden sollten. Die bestreikten Unternehmer sagten den Vertretern der örtlichen Arbeiterorganisationen: Sorgt, daß die Leute wieder zur Arbeit gehen, wir zahlen vom Tage der Arbeitsaufnahme den Lohn, der bei den zentralen Verhandlungen vereinbart wird. Die streikenden Kollegen beschloßen unter diesem Vorbehalt mit knapper Mehrheit am 2. Mai die Arbeit wieder aufzunehmen. — Bei den zentralen Verhandlungen in Berlin wurde nun vereinbart, daß zu den bereits ab 15. März gezahlten Kriegszulagen von 5 Pfg. für das Kölner Wohngebiet ab 1. Juli 3 Pfg. und ab 1. September weitere 2 Pfg. Kriegszulagen gezahlt werden sollten. Als diese Vereinbarung bekannt wurde, setzte unter den Kollegen, die gestreikt hatten, eine große Erregung ein und zwar sagten dieselben, da sind wir nochmal mit schönen Worten abgefertigt worden. Wenn die Unternehmer uns nicht dasjenige vom 2. Mai ab nachzahlen, was in Berlin vereinbart wurde, nämlich 5 Pfg. mehr, dann stellen wir sofort die Arbeit wieder ein. Die Vertreter der Organisationen wurden bei den einzelnen Firmen vorstellig und erinnerten sie an ihr Versprechen, wodurch sie erreichten, daß diejenigen Firmen, bei denen die Kollegen die Arbeit eingestellt hatten, die ab 1. Juli und 1. September bewilligten 5 Pfg. vom 2. Mai ab nachzahlen. Außerdem erklärten sich noch drei große Baugeschäfte bereit, dasjenige zu tun, ohne daß bei ihnen die Arbeit eingestellt wurde. Aus den Unterhandlungen konnte man herausfinden, daß die meisten Unternehmer in der Lage sind mehr zu zahlen und auch gerne mehr gezahlt hätten, wenn sie nicht durch einen Beschluß des Arbeitgeberverbandes daran verhindert worden wären. In Köln arbeiten jetzt die meisten Kollegen zu den neuen Bedingungen, d. h. Maurer, Putzer und Zementarbeiter erhalten 81 Pfg. und die Hilfsarbeiter 71 Pfg. Stundenlohn. Hoffentlich zeigen die übrigen Unternehmer solches soziales Verständnis und zahlen das gleiche. — Die an den Bericht eingehende Diskussion wogte hin und her. Mehrere Redner traten für die Ablehnung des Resultates der zentralen Verhandlungen ein und wollten die volle Forderung hoch gehalten wissen. Bei der Abstimmung stimmte die Mehrheit der Kollegen für Annahme des Resultates. — Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurde daran erinnert, daß bei der Lohnverhöhung das Verbandsstatut nicht vergessen werden dürfe. Die Beiträge müßten jetzt geregelt und mit dem Statut in Übereinstimmung gebracht werden. Bei der Abstimmung wurde einstimmig beschlossen, ab 1. Juli die Beiträge zu zahlen, wie sie das Statut vorschreibt, und zwar für die gelehrten Berufe 100 Pfg. und die Hilfsarbeiter 90 Pfg. Hierauf erwähnte Kollege Dag die Kollegen nochmals eingehend um die Agitation auf den Arbeitsstellen zu denken und die Indifferenten gründlich aus ihrem uns schädigenden Schummer aufzuräumen. Alle anwesenden Kollegen versprachen auch hier ihre Pflicht zu erfüllen. Hierauf schloß der Vorsitzende die sehr interessante Versammlung.

## Bezirk Stuttgart.

Am Laufe der letzten Tage haben in allen Verwaltungsstellen Versammlungen stattgefunden die Stellung zu der am 3. und 4. Mai mit dem Arbeitgeberbunde vereinbarten Teuerungszulagen nahmen. Die Aussprache, die sich überall an den Bericht anknüpfte, war sehr lebhaft und lang dahin aus, daß man allgemein noch ein anderes Ergebnis erwartet hätte. Das Bögern der Unternehmer, eine Teuerungszulage zu bewilligen, hätten die Bauarbeiter überhaupt nicht verstehen können. Schon im letzten Jahre sei eine Teuerungszulage von dieser Höhe unbedingt notwendig gewesen. Den Arbeiter treffe die Teuerung am allerstärksten, da er nicht in der Lage sei, Lebensmittel im Voraus zu kaufen, sondern pfundweise und so, wie er Geld habe, und so dann jeden Preisaufschlag bezahlen müsse, sofern nicht Höchstpreise festgesetzt seien. Nach einer durchweg sehr scharfen Aussprache wurde dann doch dem Ergebnis zugestimmt und der Verhandlungskommission der Dank ausgesprochen, daß sie das erste Angebot der Arbeitgeber nicht angenommen hatte. Von einigen Kollegen wurde dann noch ganz besonders die Notwendigkeit der Organisation hervorgehoben. Das Verhalten des Arbeitgeberbundes zeige, daß nur etwas zu erreichen sei, wenn eine starke Organisation hinter den Forderungen stehe. Man dürfe überzeugt sein, daß, wenn die Organisation nicht gewesen wäre, die Löhne nicht einmal in ihrer alten Höhe geblieben wären. In eine Erhöhung der alten hätte gar nicht

gedacht werden können. Die Organisation sei auch nach dem Kriege notwendiger denn je. Die Bestrebungen, die im Gange seien, die Löhne zu verkürzen, um den Auslandsmarkt wiederzugewinnen, ließen nichts Gutes ahnen, deuten vielmehr darauf hin, daß wir nach dem Kriege noch schwere Kämpfe zu bestehen haben würden. Da gelte es schon jetzt zu rüsten, jeden Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Den Bestrebungen der Unternehmer müsse eine geschlossene Organisation gegenübergestellt werden können. Hoffentlich werden diese Mahnungen befolgt und arbeiten in Zukunft alle Kollegen tatkräftig mit. Die Organisation hat es verdient, daß man ihr dankbar ist. Kein Institut, was uns mehr geben könnte für den Beitrag, den wir leisten, als wie die Organisation. Darum auch mit Freude und Dankbarkeit gearbeitet für die Organisation. Zum Schluß sei noch mitgeteilt, daß auch der süddeutsche Gipfermeisterverband sich den Abmachungen im übrigen Baugewerbe angeschlossen hat. Am Freitag, den 12. Mai, sind in Durlach (Baden) zwischen dem Süddeutschen Gipfermeisterverbande, dem Deutschen Bauarbeiterverbande und dem Christlichen Bauarbeiterverbande unter Leitung des dortigen Bürgermeisters Dr. Jierau die Verhandlungen abgeschlossen worden. Dies zur vorläufigen Kenntnis der Kollegen. Sobald das Protokoll erscheint, werden wir dieses an dieser Stelle veröffentlichen.

## Bezirk Nürnberg.

**Nürnberg.** Sonntag, den 14. Mai, fand im Hofeplatzhaus zu Nibingen Mitgliederversammlung der Zahlstellen Albershofen, Sulzfeld, Dettelbach und Nibingen statt. Dieselbe war nach den noch zu Hause gebliebenen Mitgliedern gut besucht. Kollege Behringer-Nürnberg gab Bericht über die Tarifverhandlungen in Berlin und unsere Stellungnahme hierzu. Die Kollegen waren nach den jetzigen Verhältnissen, mit dem Ergebnis nicht ganz zufrieden, doch wurde es auf Zureden des Kollegen Behringer angenommen. In dieser Versammlung wurde auch zugleich der Beitrag um 10 Pfg. erhöht, welcher einstimmig angenommen wurde. Die einzelnen Kollegen, die nicht Zeit fanden, die Versammlung zu besuchen, haben sich dem Beschluß zu fügen. Nach einem warmen Appell an die Kollegen schloß der Vorsitzende Ph. Mez die Versammlung.

# Jahresberichte der Bezirke

**Bezirk Bochum.** In unserem letzten Jahresbericht stellten wir fest, daß im Jahre 1914 uns durch den Krieg zwei Drittel unserer Mitglieder entziffen und zum Herceidit entzogen wurden. Die Einberufung hat auch im Jahre 1915 ohne Unterbrechung fortgedauert, so daß wir von den 12.290 Mitgliedern, die wie am Schlusse des 2. Quartals 1914, also vor Beginn des Krieges, in unserem Bezirk zu verzeichnen hatten, am Jahreschluß 1915 nur noch 1953 buchen konnten. Im Jahre 1914 hatten wir das Glück, daß von den 13 Lokalbeamten und zwei Bezirksleitern, welche vor dem Kriege in unserem Bezirk tätig waren, nicht einer zur Fahne berufen wurde. Wir konnten deshalb einen Bezirksleiter (Kollege Veltum) und einen Lokalbeamten (Kollege Peil) zur Leitung verwalteter Bezirke abgeben. In dem ersten Viertel des Jahres 1915 wurden aber von den noch vorhandenen zwölf Lokalbeamten neun zur Fahne berufen. Auch wurden die wenigen Vorstandsmitglieder und Vertrauensmänner, die man uns 1914 noch gelassen hatte, größtenteils entzogen. Aus diesem Grunde konnte die Agitation auch wenig betrieben werden, denn die zurückgebliebenen Lokalbeamten und speziell der Bezirksleiter waren mit Verwaltungsarbeiten überhäuft und konnten nur die allernotwendigsten Arbeiten erledigen. Wir haben deshalb auch nur 617 neue Mitglieder für unseren Verband gewinnen können. Allerdings hätte in der Agitation wesentlich mehr geschehen können, wenn unsere zurückgebliebenen Mitglieder alle ihre Pflicht getan und mitgearbeitet hätten. Auerkennen wollen wir gern, daß eine kleine Zahl unserer Kollegen fleißig mitgearbeitet und ihre ganze freie Zeit unserem Verbande gewidmet haben. Die große Mehrzahl aber hat sich um das Fortbestehen und die Entwicklung unseres Verbandes nicht gekümmert und in der Agitation keinen Finger gerührt. Entgegengekehrt haben uns manche auch schon ältere Mitglieder noch Schwierigkeiten gemacht und waren noch nicht auf zu bewegen, ihre Beiträge pünktlich zu zahlen. Ganz bestimmt werden unsere Mitglieder, die im Felde sind, nach dem Friedensschluß mit diesen Elementen noch unattraktiv ein ernstes Wort reden. — Die Bautätigkeit war im allgemeinen nicht als gut zu bezeichnen. Die Privatbautätigkeit lag im ganzen Bezirk sehr darunter. Trotzdem war für die nicht zum Kriegsdienst entzogenen Bauarbeiter genügend Beschäftigung vorhanden. Ja, Arbeitgeber, welche für die Industrie tätig waren, klagten sogar das ganze Jahr hindurch über Arbeitermangel. Die Industriellen, welche für Herceidit arbeiten, kochten nämlich ihre Betriebe erheblich vergrößern und zum Teil umändern und viele neue Anlagen bauen. Auch stehen sie auffällig viele Kolonienbauten errichten, trotzdem manche Gesellschaften noch viele Kolonienhäuser leer stehen haben. Männer, welche mit den Industriellen oder ihren Direktoren Fühlung haben, behaupten, diese Gesellschaften stehen deshalb über die Bedürfnisse hinaus, damit die riesigen Kriegsgewinne bei der Jahresbilanz nicht so sehr in Erscheinung kämen und um von der Kriegsgewinnsteuer nicht so hart erfaßt zu werden. Auch im Jahre 1916 werden die hiesigen Industriellen wieder stolt bauen lassen. Außer den zahlreichen neuen Anlagen sind wieder zahlreiche Kolonienbauten in Aussicht genommen. Daher werden unsere Berufskollegen auch in diesem Jahre wieder mit genügend Beschäftigungsgelagen rechnen können. — Unsere Tarifverträge sind im engeren Industriegebiet auch im Vergleichsjahre wieder ziemlich gut durchgeführt worden. Nur eine Firma in Gladbeck machte uns wiederholt Schwierigkeiten. Dieses wäre jedenfalls nicht vorgekommen, wenn

nicht der Inhaber der Firma im Felde gewesen wäre und wenn andererseits unsere Kollegen immer ihre Pflicht getan hätten. In dem Gebiete Frödenberg-Menden haben sich die Unternehmer auch im verfloßenen Jahre wieder dauernd des Tarifbruchs schuldig gemacht. Besämtlich haben wir schon bei dem Tarifabschluss im Jahre 1913 uns geweigert, diese Gebiete mit in den Tarif aufzunehmen, weil uns die „Tariftreue“ der dortigen Unternehmer bekannt war. Erst als sie öffentlich versprochen hatten, in Zukunft unsere Verträge durchzuführen, haben wir die Gebiete mit aufgenommen. Leider haben die Herren ihr uns gegebenes Wort schände gebrochen. Wir werden uns deshalb in Zukunft überlegen, ob wir mit diesen Männern wieder ein Tarifverhältnis eingehen sollen. — Die Kriegsarbeitgemeinschaft, die bei Beginn des Krieges geschaffen wurde, hat am 31. März 1915 ihre Tätigkeit eingestellt. Diese verfolgt bekanntlich den Zweck, auf die Behörden, Industrielle und Privatleute einzuwirken, Bauarbeiten zu vergeben, um hierdurch Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Nachdem sich aber die Lage auf dem Arbeitsmarkt verändertete, erklärten die Unternehmer, die Arbeitsgemeinschaft hätte für sie den Zweck erfüllt, wogegen nichts einzuwenden war. Hoffentlich wird sie aber ihre Tätigkeit wieder aufnehmen, sobald sich wieder ein Arbeitsmangel geltend macht. — Eine große Mißstimmung hat unter unseren Mitgliedern das Verhalten des Deutschen Arbeitgeberbundes bezüglich der Teuerungszulage ausgelöst. Sein ablehnender Standpunkt ist ja bekannt. Hierauf sich berufend, lehnten auch die einzelnen Ortsverbände unsere Besuche um Bewilligung einer Teuerungszulage ab. Erfreulicherweise ist es uns gelungen, von den meisten Unternehmern demnach Teuerungszulagen in Höhe von 20-50 Pfg. pro Arbeitstag, oder auch 3-4 % pro Woche zu bekommen. Selbst Vorstandsmitglieder des Westdeutschen Arbeitgeberbundes, welche ihre Mitglieder mit Handschriften bearbeiteten und von der Zahlung einer Teuerungszulage zurückhalten wollten, haben sich bereit erklärt, ebenfalls Teuerungszulagen zu zahlen, wenn auch in der Form, daß sie unseren Kollegen pro Tag für eine Stunde mehr Lohn zahlten, als wie sie gearbeitet hatten. Jedenfalls hätte es im Interesse beider Parteien gelegen, wenn der Arbeitgeberbund dem Antrag der Zentralverbände der drei Arbeiterorganisationen entsprochen und auf dem Wege friedlichen Verhandels eine einheitliche Teuerungszulage vereinbart hätte. Ganz bestimmt würden dieses die Bauarbeiter anerkannt haben und würde dadurch das Einbernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gefördert worden sein. Auch der Rheinisch-westfälische Stützgewerbeverband lehnte es ab, mit uns eine Teuerungszulage zu vereinbaren. Allerdings haben unsere Mitglieder es verstanden, sich von fast allen Unternehmern eine ähnliche Zulage zu erzwingen, als wie unsere Maurer, Zimmerer und Hilfsarbeiter. Eine rühmliche Ausnahme machte der Rheinisch-westfälische Dachdeckermeisterverband, der mit den Vertretern der beiden in Frage kommenden Arbeiterorganisationen über eine Teuerungszulage verhandelte und eine Zulage von 25 Pfg. pro Arbeitstag bewilligt hat. Zwar war diese Zulage sehr gering, aber trotzdem haben die Dachdecker dieses Entgegenkommen anerkannt und sich getreut, daß die Dachdeckermeister dieses gutwillig zahlten.

Nicht unterlassen möchten wir, auf einen Fall zurückzukommen, der dem Westdeutschen Arbeitgeberbund wiederholt Veranlassung gab, die Bauarbeiter-Organisationen und das Tarifamt zu Essen in ein schlechtes Licht zu stellen. Im verfloßenen Sommer fand auf Veranlassung des Westdeutschen Arbeitgeberbundes eine Sitzung des engeren Bundesvorstandes und der Bezirksleiter der hier in Frage kommenden Bauarbeiter-Organisationen statt. Hier stellten die Arbeitgeber den Antrag, die bestehende Arbeitszeit auf 11 Stunden zu erhöhen. Wie die Unternehmer betonten, solle dieses nur dort geschehen, wo eilige Arbeit sei und die Arbeiter dieses wünschten. Die Bezirksleiter berieten separat über diesen Antrag und gaben dann folgende Erklärung ab: „Wir sind bereit, bei eiligen Kriegsarbeiten, die von Fall zu Fall festzustellen sind, für genügend Arbeitskräfte zu sorgen. Falls uns dieses nicht gelingt, dann sind wir damit einverstanden, daß bei diesen Arbeiten täglich eine Stunde über die tarifliche Arbeitszeit hinaus gearbeitet wird. Wir fordern aber, daß für diese Arbeiten eine noch zu vereinbarenden Teuerungszulage und für die Überstunden der tarifliche Zuschlag gezahlt wird.“ Nachdem die Unternehmer zu unserer Erklärung unter sich Stellung genommen hatten, erklärten sie, daß sie darauf nicht eingehen könnten. Gleich nach dieser Sitzung gingen einige Unternehmer in Essen dazu über und verlangten von ihren Arbeitern, daß sie statt 9 1/2 Stunden 10 Stunden täglich arbeiteten. Unter anderem war in der Fabrik der Firma Diehl ein Aufschlag angebracht, wonach unsere Kollegen unter Strafandrohung verpflichtet wurden, täglich 10 Stunden zu arbeiten. Gegen dieses tarifwidrige Verhalten der Unternehmer protestierten unsere Kollegen und machten diesen Streitfall bei der Schlichtungskommission anhängig. Da Herr Diehl als Vorsitzender der Schlichtungskommission sich weigerte, über diesen Streitfall entscheiden zu lassen, wurde, auf seine Veranlassung, diese Angelegenheit dem Tarifamt zu Essen zur Entscheidung überlassen. In seiner Sitzung vom 27. September d. J. wies das Tarifamt zu diesem Streitfall Stellung. Herr Diehl erklärte, die Arbeitgeber hätten nicht beabsichtigt, den Tarifvertrag zu durchbrechen. Es handle sich lediglich um die Festlegung des § 3 des Tarifvertrages. Die Ortsgruppe Essen habe deshalb den Wunsch, daß von unparteiischer Seite entschieden würde, ob der § 3 des Tarifvertrages zur Anwendung, resp. Ergänzung unter den vorliegenden Verhältnissen gelasse. Die Arbeitgeberworte seien jedoch gegen eine allgemeine Festlegung von Überstunden aus und beschränkten, daß die Festlegung der Überstunden nur ein Beispiel gegen den § 3 des Tarifvertrages sei. Das Tarifamt entschied sich, gegen die Stimmen der Unternehmer,


in demselben Sinne. Ueber diese gerechte Entscheidung sind nun die Unternehmer sehr ungehalten und heben immer wieder hervor, diese Entscheidung habe die Bauarbeiterschaft und auch die Industrie nicht verstanden. Auch den Gewerkschaften erklären man harte Vorwürfe, daß sie sich nicht damit einverstanden erklärten, daß im allgemeinen Überstunden gemacht werden dürften. Sie behaupten, daß der Krieg ohne weiteres die Leistung von Überstunden gestatte. — Die Bauarbeiter, in deren Auftrage die Gewerkschaftssekretäre gehandelt haben, vertreten allerdings eine andere Meinung. Auch sie vertreten den Standpunkt, daß eilige Kriegsarbeiten möglichst schnell fertiggestellt werden müssen, und falls dieses nicht durch Einstellung einer größeren Arbeiterzahl zu erreichen ist, dann sind sie gern bereit, Überstunden und eventuell auch Nachtarbeit zu leisten. Andererseits glauben sie aber, daß es ein Fehler wäre, wenn alle Arbeiter beschäftigt sind, nicht eilige Arbeiten durch Überstunden beschleunigt werden. Es darf wohl bestimmt damit gerechnet werden, daß nach dem Friedensschluß, wenn Tausende und aber Tausende von Bauarbeitern wieder zurückkommen und den Baumarkt überfluten, eine Stockung eintreten wird. Dieses wird aber nicht so hart eintreten, wenn möglichst

und auch der Bezirksleiter sind sich bewußt, ihre Pflicht voll und ganz getan zu haben. Unsern Bericht möchten wir nicht schließen, ohne unsere zurückgebliebenen Mitglieder nachdrücklich zu bitten, in Zukunft fleißig mitzuarbeiten und mit uns dafür zu sorgen, daß die Lücken, die der Krieg unseren Verbänden geschlagen hat, soweit wie möglich wieder ausgefüllt werden. Gott sei Dank ist es uns bis heute gelungen, unsere gesamte Verwaltungsstellen aufrecht zu erhalten. Der Stamm ist uns also überall geblieben. In uns liegt es nun, diese wieder auszubauen und vor allem unsern Verbände wieder frisches Blut zuzuführen. Inorganisierte und vor allem jüngere Berufskollegen sind noch genug vorhanden. Tue deshalb ein jeder von uns seine Pflicht, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Allen Kollegen, welche mitgearbeitet haben, besonders unsern Lokalbeamten, möchten wir zum Schluß unseren besten Dank aussprechen.

Bochum, Marktstraße Nr. 13.  
Wilhelm Koch, Bezirksleiter.

**Gerichtliches**

**sk. Ein Bauunfall am Leipziger Hauptbahnhof vor dem Reichsgericht.** Urteil des Reichsgerichts vom 15. Mai 1916. (Nachtbruch verboten.) Am 23. Juni 1913 ereignete sich vor dem östlichen, preussischen Flügel des Hauptbahnhofes in Leipzig ein Unglücksfall bei dem Auhauß des Gerüstes für die Errichtung eines der 17 Meter hohen Betonpfeiler, die der elektrischen Beleuchtung des Bahnhofes dienen. Das Gerüst war im Abstand von 2 1/2 Meter mit einer Bretterplanke umgeben, die an der Spitze mit einer Tür versehen war. Umwelt dieser Tür hatte sich gegen 9 Uhr früh der Rangiermeister Winter aus Leipzig aufgestellt, um den Arbeiter zu zusehen, als er plötzlich von dem Stiel eines bei den Gerüstarbeiten gebrauchten Hammers am Kopfe getroffen und gefährlich verletzt wurde. Ein Arbeiter hatte, während er bei dem Emporziehen eines T-Trägers, welchen Hammer auf einem Brett oder Balken befestigt lag, von dort war er — ob durch irgendeine Erschütterung des Gerüstes oder dadurch, daß jemand daran gestossen hatte, ist nicht aufgeklärt — aus ziemlicher Höhe heruntergestürzt, beim Aufschlagen auf einen Balken hatte sich der Stiel aus dem Kopf gelöst und war, wie ein Wurfgeschoss wirkend, vier Meter weit über das Gerüst hinausgeschlagen und an der Stelle niedergefallen, an der er stand. Der Verunglückte mußte pensioniert werden und strengte gegen das Zementbaugeschäft von H. Wolff in Leipzig, das mit der Errichtung der Maschinen betraut war, Schadensersatzklage an, mit der er eine jährliche Rente entsprechend der Differenz zwischen seinem Gehalt und seiner Pension verlangte. Er machte geltend, die Baufirma habe für die Fahrlässigkeit ihres Arbeiters der den Hammer auf den Balken gelegt hatte; außerdem habe die Firma es unterlassen, durch ein an dem Gerüst angebrachtes schräg verlaufendes Schutzdach das Herabspringen von Holzstücken oder Arbeitsgeräten aus dem Gerüst zu verhindern. Das Landgericht Leipzig sowohl wie das Oberlandesgericht Dresden wiesen die Klage ab. — Beide Instanzen waren darin einig, daß der Beklagte Unternehmer weder aus § 823 noch aus § 823 für die Folgen des Unfalls haftbar gemacht werden könne, weil der Unfall nicht auf ein widerrechtliches Handeln des betreffenden Arbeiters bzw. seines Arbeitgeber zurückzuführen sei. Daß der Arbeiter, führt das Oberlandesgericht aus, den Hammer auf das Gerüst legte während er mit anderen Arbeiten beschäftigt war, kam ihm nicht zum Verschulden angerechnet werden; er handelte nicht fahrlässig, er konnte nicht annehmen, daß der Hammer herunterfallen und einen mindestens vier Meter entfernten Menschen treffen würde, und gerade das Verspringen des Hammers war ein so seltener Fall, daß daran niemand denken konnte. Allerdings war den Arbeitern von dem Reglerungsbaumeister Franz verboten worden, an dem Morgen vor seinem Eintreffen mit den Arbeiten zu beginnen, und sie handelten unbilligwidrig, als sie sich nicht daran hielten, aber diese Ordnungswidrigkeit ist nicht ursächlich für den Unfall geworden. Das Verbot bezog sich lediglich auf das Hinausziehen des T-Trägers, und diese Arbeit war bereits vollendet, als der Unfall sich ereignete. Man kann dem Beklagten auch nicht zum Vorwurf machen, daß er kein Schutzdach angebracht hat. Das Tiefbauamt der Stadt Leipzig, dem die Überwachung der Arbeiten oblag, erachtet die Anbringung eines solchen nicht für üblich; es hätte nach seiner Ansicht den Unfall nicht zu verhindern vermocht. Für ein Schutzdach ist eine Breite von 1 1/2 Meter vorgeschrieben. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß der Hammerstiel über dieses Dach hinweggeschlagen wäre und den Kläger getroffen hätte. — Der Kläger sucht dieses Urteil mit der Revision beim Reichsgericht an, und zwar mit Erfolg. Der 6. Zivilsenat des höchsten Gerichtshofes hob heute das Urteil des Oberlandesgerichts auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. Der Vorsitzende führte kurz aus: Zwei Gründe in dem Urteile des Oberlandesgerichts sind nicht als ausreichend befunden worden. Einmal verneint dasselbe mit Unrecht die Widerrechtlichkeit des Vorgehens des Arbeiters, der den Hammer auf einen Teil des Baugerüstes gelegt hatte. Diese Handlung war es, die in Weiterentwicklung zu der Körperverletzung des Klägers geführt hat. Außerdem hat das Verwaltungsgericht nicht genügend festgestellt, daß es eines Schutzdaches nicht bedurft hätte. War aber das Schutzdach nötig, so fällt die weitere Beweislast, daß der Unfall trotz Anbringung desselben verhindert worden wäre, dem Beklagten zu. (R. Z. VI. 10/16.)



Es starben den Heldentod fürs Vaterland die Kollegen:

<b>Heinrich Seeger.</b>	Zahlstelle Dittlar.
<b>August Ester.</b>	Zahlstelle Vellon.
<b>Philipp Rodenfeller (Fahr).</b>	Zahlstelle Deutersdorf.
<b>Franz Fladung.</b>	Zahlstelle Dortmund, Maurer.
<b>Franz Lora.</b>	Zahlstelle Hannover, Bauarbeiter.
<b>Anton Ronn aus Ellar.</b>	Verwaltungsstelle Essen.
<b>Anton Walker.</b>	Zahlstelle Rimpar.
<b>Heinrich Patten aus Eöln.</b>	Zahlstelle Gelsenkirchen, Dachdecker.
<b>Joh. Priebe.</b>	Zahlstelle Schneidemühl.
<b>Karl Ordnung aus Biberich.</b>	
<b>Karl Öring.</b>	Verwaltungsstelle Duisburg.
<b>Clemens Dieter aus H.-Neumühl.</b>	Verwaltungsstelle Oberhausen.
<b>Theodor Knepper aus Niederlahnstein.</b>	Verwaltungsstelle Coblenz.

Wir werden das Andenken dieser Tapferen stets in Ehren halten.

Am 6. Mai starb unser Mitglied **Philipp Beckelsen** an Magenkrebs. Verwaltungsstelle Paderborn.

Am 11. Mai starb unser treues Mitglied **Hermann Ruffer** im Alter von 46 Jahren an Schwindsucht. Verwaltungsstelle Freiburg i. Br.

Am 13. Mai starb unser treuer Kollege **Friedrich Schiffer** im Alter von 54 Jahren an Magen- und Leberleiden. Zahlstelle Eöln-Ehrenfeld.

Am 13. Mai starb unser lieber Kollege, der Bauhilfsarbeiter **Johannes Steffens** an Lungentzündung. Zahlstelle Barmen.

alle Arbeiten, welche zurückgestellt werden können, bis nach dem Friedensschluß verschoben werden.

Es liegt deshalb nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch der Arbeitgeber, welche im Kriege sind, wenn die Arbeiter es ablehnen, nicht eilige Arbeiten durch Überstunden zu beschleunigen. — Trotzdem die Bauarbeiterbestimmungen in unserm Bezirk wenig beobachtet werden, konnten wir für die Durchführung derselben wenig Sorge tragen. Leider blieb uns dafür wenig Zeit übrig. Hoffentlich gelingt es uns, nach dem Kriege das Verbot nachzuholen. — Mit unsern Mitgliedern, die im Felde sind, haben wir immer Fühlung gehalten, dadurch, daß wir ihnen unser Verbandsorgan zustellten und von Zeit zu Zeit auch ein Briefchen schrieben. Wenn das bei dem einen oder andern unterblieben ist, dann lediglich dadurch, daß uns bei Adressenveränderungen nicht sofort Meldung gemacht wurde. — Die Tätigkeit des Bezirksleiters war im Berichtsjahre außerordentlich groß und umfangreich. Durch die Einberufung von zehn Lokalbeamten mußte er die Arbeiten derselben zu einem großen Teil mit erledigen, denn Erfolg ließ sich nicht gleich und in mehreren Verwaltungsstellen bis heute nicht erzielen. Unsern drei Lokalbeamten, die nicht kriegsgegen sind, ging es nicht besser. Es dürfte deshalb auch zu verstehen sein, wenn manche Arbeiter zurückgeblieben sind und nicht alle Wünsche unserer Kollegen beizubringen konnten. Unsere Lokalbeamten